



LIECHTENSTEINER Vaterland

#näher
dran
Diese Woche: Balzers

heute mit
Wirtschaftsregional

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li

Im Gespräch mit Neutrik-CEO
Chad Trevithick spricht im Interview
über die Herausforderungen der
kurzlebigen Technologiebranche. **WR**

Comeback nach Verletzung
Beim Spiel in Yverdon kann der
FC Vaduz wieder seinen Abwehrchef
Yannick Schmid einsetzen. **13**



www.linexa.com
Am Schrägen Weg 9, FL-9490 Vaduz

Gaszahlungen künftig über russische Konten

Mit der Ankündigung, Zahlungen für Gas nur noch in Rubel zu akzeptieren, hat Kremlchef Wladimir Putin grosse Sorge ausgelöst. Nun tritt ab heute eine neue Regelung in Kraft, dass westliche Staaten Konten bei der Gazprombank eröffnen müssen, um weiter russisches Gas zu erhalten. Sie müssen über die Konten, die einen Bereich für Valuta – also Euro oder Dollar – und einen für Rubel haben, künftig eine Zahlung für das Gas in russischer Währung sicherstellen. Andernfalls würden die Lieferungen für die auf einer Liste «unfreundlicher Länder» aufgeführten Staaten eingestellt, sagte Putin im russischen Staatsfernsehen. Die Gazprombank konvertiert das Geld in Rubel, kauft das Geld in der russischen Währung an der Moskauer Börse und überweist den Betrag dann an Gazprom. Für Russland hat das System den Vorteil, dass der zuletzt wegen der westlichen Sanktionen unter Druck geratene Rubel aufgewertet wird. Im Grunde ändert sich für die Abnehmer im Westen erstmals wohl kaum etwas, glauben Experten. (dpa) **17**

Sapperlot

Patriotismus oder politischer Affront? Immer wenn ich auf einer bestimmten Strasse im Land unterwegs bin, schaue ich bei einem Haus genauer hin. Davor steht ein Fahnenmast, an dem eine Liechtenstein-Flagge hängt, die definitiv bessere Zeiten gesehen hat. Das eine oder andere Unwetter hat sie überstanden, weshalb die Farben verblichen sind und von der Aussenseite her immer mehr Fetzen abfallen. Geht dieser Prozess so weiter, geht bald auch der Fürstentum verloren. Flagge zeigen ist völlig in Ordnung, aber wenn, dann bitte richtig. Bei den Pfadfindern gibt es nachts, wenn man den Lagerplatz verlässt oder ein Gewitter kommt, einen Fahnenabzug. Dies empfehle ich auch den Eigentümern dieses Grundstücks. Falls sie bereit sind, sich eine neue Flagge zu leisten. Sonst lieber abhängen. Das alte Modell ist nicht mehr zu retten und hat seinen Dienst erfüllt. Zudem könnte diese Nachlässigkeit falsch interpretiert werden ...
Gary Kaufmann



www.zmittag.li

Radio L dank Notkrediten kein Sanierungsfall mehr

Die Jahresrechnung 2021 schliesst im Plus. Für eine sichere Zukunft braucht es künftig aber mehr Staatsgelder.

Patrik Schädler

Radio L hat keine einfache Zeit hinter sich. Aktuell gibt es einen kleinen Lichtblick: Das Jahresergebnis 2021 schliesst mit einem Gewinn von 43 515 Franken ab, und damit steigt das Anstaltskapital wieder auf 54 Prozent. Damit ist der Staatssender zumindest rechtlich kein Sanierungsfall mehr. Möglich wurde dies dank den Corona-Notkrediten des Landtags. 2020 wurde Radio L bzw. der liechtensteinische Rundfunk (LRF) mit zusätzlichen 550 000 Franken unterstützt, und im letzten Jahr waren es weitere 300 000 Franken. Zudem beträgt der jährliche Staatsbeitrag 2,3 Millionen Franken.

Das positive Jahresergebnis ist gemäss Geschäftsführer Thomas Mathis auf deutliche Kostensenkungen und den Nachtragskredit zurückzuführen. Er macht aber auch keinen Hehl daraus, dass es nicht einfacher wird. «Durch die Pandemie haben sich ge-

wisse Märkte nachhaltig verändert, sei es durch Konsolidierungen oder durch weitere Verlagerungen von Umsätzen ins Internet. Diesen veränderten Marktbedingungen wird durch personelle Anpassungen im Verkaufs- und Administrationsbereich begegnet», so Mathis. So wird ab heute ein Verkaufsberater weniger für den LRF tätig sein. «Dank den nachhaltigen Kostensenkungsmaßnahmen ist ein ausgeglichenes Ergebnis unterdessen auch mit niedrigeren Werbeerträgen möglich. Dieses Ziel wird konsequent und mit hoher Priorität verfolgt», so der Radio-L-Geschäftsführer.

Werbeerträge von nur noch 624 000 Franken

Die Werbeerträge 2021 fielen auf ein historisches Tief von 624 000 Franken. Dies sind nochmals 128 000 Franken weniger als 2020. Damit konnte Radio L 2021 nur noch 28 Prozent der Personalkosten durch Werbeeinnahmen finanzieren. Um 2022 wie-

der kostendeckend und ohne Zusatzkredite operieren zu können, muss der Staatssender rund eine Million Franken durch Werbung einspielen. Dies dürfte gerade aufgrund des verkleinerten Verkaufsteams schwierig werden. Zudem sind auch die Hörerdaten gemäss Mediaplus AG sowohl in Liechtenstein wie auch in der Schweiz rückläufig. Auch wenn die Stichproben für Radio L sehr klein sind, ist dies gerade für grosse Werbekunden aus der Schweiz ein Killerkriterium. Und so schreibt Geschäftsführer Thomas Mathis im Geschäftsbericht: «LRF als öffentlich-rechtlicher Sender ist auf einen angemessenen und planbaren Staatsbeitrag angewiesen. Ohne diesen ist der Betrieb eines Radiosenders in Liechtenstein, welcher den vorgegebenen gesetzlichen Auftrag erfüllt, nicht möglich.»

Und deshalb ist heute schon klar, dass sich der Landtag auch in diesem Jahr wieder mit der finanziellen Situation des Radios und dessen Zukunft aus-

einandersetzen muss. Dies hat auch der neue Verwaltungsratspräsident Roman Banzer bereits angekündigt. «Das Land Liechtenstein muss sich überlegen, ob man ein öffentlich-rechtliches Radio will», so Banzer in seinem Antrittsinterview im «Vaterland» im Februar.

Bis Ende Mai sollen mögliche Zukunftsszenarien stehen

Für den neuen Verwaltungsratspräsidenten ist Radio Liechtenstein im Bereich Technik, Musik und Unterhaltung gut aufgestellt. «Im Bereich Journalismus ist aber sicher noch Entwicklungspotenzial vorhanden. Und hier muss der Landtag Farbe bekennen und sagen, was er will und wie viel es kosten darf. Und mit diesem Geld ist Radio Liechtenstein dann zu betreiben», so Banzer. Er will deshalb mit dem Verwaltungsrat der Politik bis Ende Mai mögliche Zukunftsszenarien für Radio Liechtenstein vorlegen. Der Sender dürfe nicht mehr «dauernd unterfinanziert» sein.

Gemeinde Eschen will Finanzunternehmen anlocken



Im Wirtschaftspark in Eschen sollen weitere Unternehmen angesiedelt werden. Der Gemeinderat will mit dem «House of Finance» Finanzdienstleister anlocken und damit die Steuererträge verbessern. Die Vermarktung des fünfstöckigen Gebäudes wurde gestern gestartet. **3**

Visualisierung: Erhart+Partner, Vaduz

39 Schutzbedürftige innerhalb 24 Stunden

Per Ende März wurden in Liechtenstein 149 Menschen registriert, die vor dem Kriegsgeschehen in der Ukraine geflüchtet sind und ein Schutzgesuch gestellt haben. Über ein Viertel davon (26 Prozent) sind erst innerhalb der letzten 24 Stunden hier im Land angekommen. Gemäss ihrer Mitteilung erwartet die Regierung mindestens 300 weitere Schutzsuchende in den kommenden Monaten. 166 Asyl- und Schutzgesuche wurden dieses Jahr bisher gestellt, was «der höchste Wert der letzten zehn Jahre» ist. Aktuell sind die staatlichen Kapazitäten für die Unterbringung noch ausreichend, derzeit sind rund 130 Plätze verfügbar. Falls diese irgendwann nicht mehr ausreichen, sind bereits über 80 Unterbringungsangebote von Privaten bei der Flüchtlingshilfe eingegangen. (red) **3**

Hypothekarzinsen über 2-Prozent-Marke

Seit Monaten steigen die Hypothekarzinsen. Zuletzt waren sie Mitte 2014 so hoch wie jetzt. Was hat es mit der rasanten Steigung auf sich, welchen Einfluss hat der Ukraine-Krieg und was hat der Leitzins damit zu tun? Das «Vaterland» beantwortet die wichtigsten Fragen zur Zinswende. (red) **5**

Robert Vogt verlässt Landesspital

Mit dem Chefarzt für Orthopädie und Unfallchirurgie geht ein wichtiger Sympathie- und Leistungsträger.

Patrik Schädler

Wie Spitaldirektorin Sandra Copeland bestätigt, hat sich Robert Vogt «leider entschieden, sich im Verlaufe des Jahres neu zu orientieren». Sie und der Stiftungsrat würden diesen Entschluss sehr bedauern, seien ihm aber für die «wertvolle Aufbauarbeit» in den letzten vier Jahren sehr dankbar. «Dr. Vogt hat ein gutes orthopädisches und traumatologisches Leistungsangebot und ein junges Team aufgebaut, welches das Angebot weiterführt», so Sandra Copeland.

Deutliche Steigerung der Fallzahlen unter Vogt

Die Position von Robert Vogt ist bereits ausgeschrieben und soll ab 1. Juli 2022 nachbesetzt werden. Für eine Stellungnahme zu seinem Abgang war er gestern nicht erreichbar.

Mit Robert Vogt verliert das Landesspital einen wichtigen Sympathie- und Leistungsträger. Er war neben Walther Tabarelli massgeblich für den Vertrauensgewinn in der Bevölkerung für das Landesspital



Der Chirurg Robert Vogt verlässt das Landesspital diesen Sommer.

Bild: Daniel Schwendener (7.5.2019)

verantwortlich. Robert Vogt war quasi das liechtensteinische Gesicht. Der heute 42-jährige Chirurg hat seine Arbeit im Landesspital im März 2018 übernom-

men. Seit Januar 2019 ist der Balzner Chefarzt für Orthopädie und Unfallchirurgie. Unter seiner Leitung hat sich die Entwicklung der stationären Fälle

in diesem Bereich steil nach oben entwickelt. Im Jahr 2020 fielen 41,4 Prozent der chirurgischen Eingriffe auf den von Vogt verantworteten Bereich Ortho-

pädie und Unfallchirurgie. 2018 konnte das Landesspital noch 154 stationäre Fälle in diesem Sektor verzeichnen. 2019 waren es bereits 436 Fälle und 2020 stieg die Anzahl auf 533. Die Zahlen für 2021 liegen noch nicht vor. Damit war Robert Vogt auch massgeblich für die positive Entwicklung des Landesspitals mitverantwortlich.

Dies beschreibt er auch selbst im Geschäftsbericht 2020: Durch die Weiterentwicklung des Spektrums könne das Landesspital immer mehr Patientinnen und Patienten auch mit schwereren Erkrankungen und Verletzungen des Bewegungsapparates behandeln. Damit sei auch die Fallschwere gestiegen. «Im Jahr 2020 konnten wir einen weiteren Anstieg des CMI (Case-Mix-Index) in der Orthopädie und Unfallchirurgie verbuchen. Der CMI ist ein Ausdruck der durchschnittlichen Fallschwere und ist direkt korreliert mit dem erwirtschafteten Erlös», schreibt Robert Vogt. Unter seiner Leitung ist der Case-Mix-Index von 2018 bis 2020 um 36 Prozent gestiegen.

Tierhalteverbot für Eschner Bauer schon seit Januar

Der fehlbare Bauer aus Eschen, der diese Woche wegen mehrfacher Tierquälerei vor Gericht stand, darf schon seit Januar keine Tiere mehr halten. «Wir haben bereits am 19. Januar 2022 gegenüber dem Landwirt ein generelles Tierhalteverbot verfügt», teilte gestern Landes-tierarzt Werner Brunhart mit. Dieses Verbot sei bereits rechtskräftig. Aufgrund des Datenschutzes habe das Amt aber nicht aktiv darüber informieren können. Brunhart reagierte damit auf die Kritik am Gerichtsurteil in den sozialen Medien. Das Tierhalteverbot sei eine Verwaltungsmaßnahme, welche im Tierschutzgesetz festgelegt ist.

Das Landgericht verurteilte den Landwirt am Mittwoch zu einer teilbedingten Geldstrafe in Höhe von 15 000 Franken. Lässt er sich drei Jahre lang nichts mehr zuschulden kommen, muss er lediglich 4200 Franken zahlen, den Restbetrag hat die Richterin auf Probezeit bedingt nachgesehen. Hinzu kommen die Kosten des Strafverfahrens, die sich auf 4500 Franken belaufen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. (sap)

Mindestens 300 weitere Schutzsuchende erwartet

Knapp 40 weitere Flüchtlinge aus der Ukraine innerhalb 24 Stunden.

Per Donnerstag, 31. März, wurden in Liechtenstein 149 Menschen registriert, die vor dem Kriegsgeschehen aus der Ukraine flüchten mussten und ein Schutzgesuch gestellt haben. Das bedeutet, dass innerhalb von 24 Stunden 39 weitere Personen in Liechtenstein um Schutz angesucht haben. Es handelt sich vor allem um Frauen und Kinder. Rund ein Drittel von ihnen sind Minderjährige mit Familienbegleitung, wie die Regierung informiert. 48 Personen sind zudem minderjährig. 18 Personen haben ihre Schutzgesuche wieder zurückgezogen und sind in andere Länder weitergereist.

Bis Ende März 166 Asyl- und Schutzgesuche

Insgesamt verzeichnet das Ausländer- und Passamt (APA) bis Ende März dieses Jahres 166 Asyl- und Schutzgesuche. «Dies ist der höchste Wert der letzten zehn Jahre», heisst es in einer Medienmitteilung der Regierung. Bereits im März werde der

langjährige Jahreshöchstwert von 165 im Jahr 2018 überschritten. Und in den kommenden Wochen sei nochmals mit einer Zunahme zu rechnen. «Aufgrund der Fortdauer des Krieges gehen die zuständigen Stellen von mindestens 300 Schutzsuchenden in den kommenden Monaten aus. Je nach Verlauf der Krise müssen aber auch wesentlich höhere Gesuchzahlen in Betracht gezogen werden.» Die Regierung bereite sich auf verschiedenen Szenarien vor.

80 Angebote von Privaten eingegangen

Um diese ausserordentliche Situation bewältigen zu können, bereitet das Land gemeinsam mit den Gemeinden weitere Unterbringungsmöglichkeiten vor. Aktuell sind die Kapazitäten für die Unterbringung ausreichend. Derzeit sind rund 130 Plätze verfügbar.

Weitere folgen im Laufe der kommenden Wochen. Die Regierung begrüsst auch das pri-

ivate Engagement vieler Menschen in dieser Krise. Es sind bereits über 80 Unterbringungsangebote von Privaten bei der Flüchtlingshilfe eingegangen. Auf diese Angebote soll dann zurückgegriffen werden, wenn die staatlichen Kapazitäten nicht mehr ausreichen. «Private sollten sich im Vorfeld aber gut überlegen, ob und wie einzelne Haushalte auf eine Situation vorbereitet sind, die nicht nur emotional anspruchsvoll ist, sondern auch über einen längeren Zeitraum andauern kann. Es wird empfohlen, unbekannte Menschen nicht auf Privatinitiative direkt bei sich aufzunehmen, sondern zunächst den Weg über die behördlichen Stellen zu gehen.»

Die Flüchtlingshilfe nimmt neben Meldungen für Wohnraum auch solche für sonstige Hilfsangebote von Privaten, z. B. Dolmetschen, Freizeitaktivitäten usw. entgegen. Entsprechende Angebote können per E-Mail an info@fluechtlingshilfe.li geschickt werden. (ikr/dv)

Gemeinde Eschen will einen Anteil vom Finanzplatz

Dadurch sollen die Steuererträge verbessert werden.

Der eigentliche «Finanzplatz im Unterland» ist heute Gamprin. In der Industriezone in Benders wurden schon vor Jahren Finanzdienstleister angesiedelt. Seither gehört Gamprin zu den Gemeinden mit der höchsten Steuerkraft in Liechtenstein. Von diesem Kuchen will die Gemeinde Eschen auch ein Stück haben und will im Wirtschaftspark östlich der Presta das «House of Finance» realisieren. Einen entsprechenden Beschluss hat der Gemeinderat bereits im Oktober 2021 gefasst. Damit will der eigentliche Unterländer Hauptort seine Steuersituation verbessern.

12 Franken pro Quadratmeter im Baurecht

In einem fünfstöckigen Gebäude sollen möglichst Finanzdienstleister einziehen. Insgesamt stehen acht Büroflächen zwischen 283 m² und 1128 m² mit hochwertigen Arbeitsplätzen zur Verfügung.

«Durch die Konstitution des Eigentums im Baurecht können



Mit dem Bau des «House of Finance» soll 2024 begonnen werden.

Visualisierung: Erhart+Partner, Vaduz

Kostenmieten und Lebenszykluskosten mit 12 Franken pro Quadratmeter sehr gering gehalten werden», wirbt die Vermarkterin Confida Immobilien AG für das Gebäude. Im dritten Obergeschoss soll ein Fitnessraum, ein Ruheraum, eine Cafeteria und eine grosszügige Dachterrasse «für die optimale Ausnutzung von Arbeitspausen» entstehen. Und im Erdge-

schoss sind neben der Lounge, dem Auditorium und «dem Placa» auch funktionale Räume wie Umkleiden für die Mitarbeiter vorgesehen. In den Untergeschossen entstehen rund 101 Mitarbeiter- und Kundenparkplätze. Gemäss der Internetseite der Confida Immobilien AG ist der Baustart für das «House of Finance» für das Jahr 2024 geplant. (sap)



Balzers entdecken

1. und 2. April 2022
Turnerkränze
Turnverein Balzers

14. Mai 2022
100 Jahre, Jubiläumsparty
Feuerwehr Balzers

10. bis 12. Juni 2022
30 Jahre Jahrmarkt
Balzers aktiv

24. bis 26. Juni 2022
Verbandsmusikfest
Harmoniemusik Balzers

...und vieles mehr!

